

Beschlußempfehlung

des Ausschusses nach Artikel 77 des Grundgesetzes (Vermittlungsausschuß)

zu dem Gesetz zum Schutz vor Verkehrslärm von Straßen und Schienenwegen
— Verkehrslärmschutzgesetz — (VLärmSchG)
— Drucksachen 8/1671, 8/3730, 8/3926 —

Berichtersteller im Bundestag: **Abgeordneter Vogel (Ennepetal)**

Berichtersteller im Bundesrat: **Minister Dr. Schwarz**

Der Bundestag wolle beschließen:

Das vom Deutschen Bundestag in seiner 205. Sitzung am 6. März 1980 beschlossene Gesetz zum Schutz vor Verkehrslärm von Straßen und Schienenwegen — Verkehrslärmschutzgesetz — (VLärmSchG) — Drucksachen 8/1671, 8/3730 — wird nach Maßgabe der in der Anlage zusammengefaßten Beschlüsse geändert.

Gemäß § 10 Abs. 3 Satz 1 seiner Geschäftsordnung hat der Vermittlungsausschuß beschlossen, daß im Deutschen Bundestag über die Änderungen gemeinsam abzustimmen ist.

Bonn, den 2. Juli 1980

Der Vermittlungsausschuß

Vogel (Ennepetal)
Vorsitzender

Vogel (Ennepetal)
Berichtersteller

Dr. Schwarz

Anlage

**Gesetz zum Schutz vor Verkehrslärm von Straßen und Schienenwegen
— Verkehrslärmschutzgesetz — (VLärmSchG)**

1. Zu § 5 Abs. 1 Nr. 4

In § 5 Abs. 1 Nr. 4 werden die Worte „und Industriegebieten“ gestrichen.

2. Zu § 10 Abs. 1

In § 10 Abs. 1 wird der mit dem Wort „wenn“ beginnende Satzteil wie folgt gefaßt:

„. . . wenn der Mittelungspegel des von der Straße ausgehenden Verkehrslärms an der zu schützenden baulichen Anlage am Tage 75 Dezibel (A) oder in der Nacht 65 Dezibel (A) übersteigt.“